



# **Concours après classes préparatoires**

Sujets de l'épreuve orale

Allemand LVA

2024

## **Verzögerungen beim Bafög<sup>1</sup>: Studierende warten bis zu fünf Monate**

Wenn Anna Thewalt an den vergangenen Oktober denke, sagt sie, dann komme die Panik wieder hoch. Ihr Konto sei leer gewesen, der Kühlschrank auch. Nachts habe sie nicht schlafen können. Im vergangenen Mai hatte die 22-jährige Architekturstudentin aus Trier ihren BAföG-Folgeantrag eingereicht. 812 Euro bekommt sie seit Studienstart monatlich, den Höchstsatz. "Ohne könnte ich nicht studieren", sagt sie. Doch der Bescheid ließ "mal wieder" auf sich warten. Und damit auch: das dringend benötigte Geld. Thewalt ist kein Einzelfall. Das zeigt eine nicht-repräsentative Befragung von 2.698 Studierenden aus dem vergangenen November über den Instagram-Kanal der tagesschau. Gut jeder Dritte der befragten Studierenden wartet demnach bis zu fünf Monate auf den BAföG-Bescheid, manche sogar länger. Mehr als 60 Prozent der Befragten wissen nicht, wovon sie in dieser Zeit leben sollen.

Auch Caroline aus Hamburg erzählt das so. Aus Angst vor Problemen mit dem BAföG-Amt möchte die Bachelorstudentin ihren Nachnamen nicht nennen. Auch sie bekommt den Höchstsatz, weil die Eltern finanziell nicht unterstützen können. "Ich habe seit Monaten keine Miete gezahlt. Ich bin im Dispo bis zum Ende", sagt sie. Selbst wenn das Geld dann irgendwann komme, reiche BAföG ohne Nebenjob nicht aus. Das könnte gegen die Verfassung verstoßen - zumindest, wenn es nach dem Hamburger Rechtsanwalt Joachim Schaller geht. Seine Mandantin, eine frühere Psychologiestudentin, hatte 2014/15 gegen den damals geltenden BAföG-Grundbedarf geklagt. Seitdem ging die Klage durch mehrere Instanzen. 2021 hatte das Bundesverwaltungsgericht einem Verstoß gegen die Gewährleistung eines ausbildungsbezogenen Existenzminimums Recht gegeben. Nun werden die BAföG-Sätze vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe geprüft.

Handlungsbedarf hat auch die Politik erkannt. "Wir bringen das BAföG zurück in die Zukunft und passen es an die Realität des 20. Jahrhunderts an", hatte Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger im Juli 2022 in einer Bundestagsrede versprochen. Die Realität: Nur etwa jeder zehnte Studierende kriegt BAföG. Gleichzeitig lebt jeder dritte Studierende unter der statistischen Armutsgrenze - hat also weniger als 1.251 Euro pro Monat. Die im August 2022 in Kraft getretene 27. BAföG-Novelle brachte erste Anpassungen: Freibeträge wurden etwa angehoben, auch der Grundbedarf und die Wohnpauschale stiegen. Doch die Inflation und die Energiepreise zogen nach. Unter dem Strich blieben Studierenden 30 Euro mehr pro Monat.

Die Bundesregierung hat weitere Reformschritte versprochen. Das BAföG solle unabhängiger von den Eltern werden, steht im Koalitionsvertrag - und insgesamt weniger bürokratisch. Dass das viele Studierende entlasten würde, zeigt die nicht-repräsentative tagesschau-Befragung aus dem vergangenen November: Gut jeder dritte befragte Studierende gab demnach an, zwischen drei und fünf Wochen für die Bearbeitung des Antrags zu brauchen. Neun von zehn der befragten Studierenden schafften es nicht, alle geforderten Unterlagen einzureichen. Das verlängere die Bearbeitungszeit der Anträge erheblich, heißt es auf Anfrage aus den BAföG-Ämtern in Hamburg und Trier. Das Personal sei derzeit knapp.

Für 2024 bekommt das Bildungsministerium 150 Millionen Euro mehr für BAföG zur Verfügung. "Ein Tagessieg auf einer schweren Etappe", wenn es nach dem Deutschen Studierendenwerk geht. Was genau mit der Summe realisiert werden kann, ist aber noch unklar. "Zu weiteren Reforminhalten im BAföG sind die Abstimmungen in der Bundesregierung noch nicht abgeschlossen", sagt ein Sprecher des Bildungsministeriums. Für viele Studierende heißt es also weiterhin: warten.

Source: Tagesschau.de, 10.12.2023

*This article has been edited for exam purposes*

<sup>1</sup>Bafög - Bundesausbildungsförderungsgesetz (bourse d'études)

## **Nationale Sicherheitsstrategie: BND soll Klimawandel analysieren**

Nach langem Warten und vielen Diskussionen hinter den Kulissen war es im Juni schließlich so weit: Als erste Bundesregierung hat die Ampelkoalition eine Nationale Sicherheitsstrategie vorgestellt. Darin werden aktuelle Gefahren und zukünftige sicherheitspolitische Herausforderungen für Deutschland beschrieben - und zumindest schemenhaft Maßnahmen dagegen skizziert. Ein Fahrplan, wie das Land sicherer werden soll, könnte man sagen. In der Chausseestraße in Berlin-Mitte, in der Zentrale des Bundesnachrichtendienstes (BND), wurde das 76 Seiten starke Papier aufmerksam gelesen. Immerhin ist der BND mit seinen mehr als 6.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine der größten deutschen Sicherheitsbehörden.

### **Kooperation mit Wissenschaftlern**

Im Strategiepapier heißt es: "Um die Auswirkungen der Klimakrise auf unsere nationale Sicherheit besser bewerten und informierte Handlungsentscheidungen ableiten zu können, wird die Bundesregierung eine Untersuchung führender wissenschaftlicher Institutionen zusammen mit dem Bundesnachrichtendienst in Auftrag geben." Der BND soll nun also gemeinsam mit Wissenschaftlern den Klimawandel und dessen sicherheitspolitische Folgen untersuchen. Nach *WDR*-Informationen wurde kürzlich unter Federführung des Auswärtigen Amtes ein Konsortium zusammengestellt, das eine solche Studie erarbeiten und im kommenden Jahr vorlegen soll, wie eine Sprecherin des Außenministeriums auf Anfrage bestätigte. Neben dem BND sind daran das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIT), das Metis-Institut für Strategie und Vorausschau, das an der Bundeswehr-Universität München angesiedelt ist, sowie die auf Klima- und Umweltthemen spezialisierte Denkfabrik und Beratungsagentur adelphi aus Berlin beteiligt.

### **Erderwärmung zunehmend sicherheitsrelevant**

Eine Fokussierung auf die Auswirkungen des Klimawandels mag auf den ersten Blick nicht wie die Kernaufgabe eines Nachrichtendienstes wirken, dennoch stehen seit einiger Zeit bereits die Konsequenzen der Erderwärmung auch im Blick von Sicherheitsbehörden. Dabei geht es vor allem um die Analyse und Prognose, welche Aspekte sich negativ auf die Stabilität von Staaten und die eigenen Verteidigungsfähigkeiten auswirken könnten - und somit auch zu neuen Konflikten und Verteilungskämpfen führen können. So sorgen beispielsweise lange Dürreperioden und Extremwetterphänomene für den Wegfall von Lebensgrundlagen. Die Folge sind Migrationsbewegungen, aber mitunter auch politische Unruhen, Aufstände oder gar Bürgerkriege. Ebenso sind gewisse Staaten wie etwa Bangladesch, Teile Pakistans und Indiens, und vor allem die Inselstaaten des Pazifiks aufgrund des steigenden Meeresspiegels von Überschwemmungen bedroht, was zu einer wachsenden Zahl von Binnenflüchtlingen und innenpolitischen Konflikten führen kann.

Der Klimawandel, so das Fazit der amerikanischen Geheimdienste, werde zu mehr Krisen, eskalierenden Konflikten und zu völlig neuen Konflikten zwischen Staaten führen. "Klimaauswirkungen wie übermäßige Hitze, Überschwemmungen und extreme Stürme werden sich als zunehmend kostspielig erweisen, einige militärische Verschiebungen erfordern und die Nachfrage nach humanitärer Hilfe und Katastrophenhilfe erhöhen", heißt es in dem Bericht. Auch für den BND ist die genaue Betrachtung der Klimaveränderung keine ganz neue Disziplin. Schon vor zehn Jahren hatte der Dienst analysiert, welche neuen Entwicklungen im Bereich der Energieversorgung zu erwarten seien. Welche eigenen Erkenntnisse der BND zu der nun von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Studie beitragen kann, ist bislang noch unklar. In den USA hatten die Geheimdienste diesbezüglich in der Vergangenheit mehrfach Informationen der Wissenschaft zugänglich gemacht.

Source: Tagesschau.de, 21.11.2023

*This article has been edited for exam purposes*

## Mitverdienen und wettbewerbsfähig bleiben

Dubai ist der größte Klimagipfel aller Zeiten - weil sich diese Konferenzen nach Ansicht von Fachleuten zu Umsetzungsmessen entwickelt haben: Man diskutiert nicht länger darüber, *ob* man Klimaschutz macht, sondern *wie* - und dabei will die deutsche Industrie mitreden. Und mitverdienen. Die Vorgaben der Pariser Klimavereinbarung könne sie erfüllen, betont Stefan Wenzel, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium: Die Industrie sei "ready" für das 1,5-Grad-Ziel, sagt er: "Wir hatten Industrievertreter am Tisch von SiemensEnergy, die weltweit gefragt sind als Experten für Stromnetze, oder ThyssenKrupp, die seit 100 Jahren Elektrolyseanlagen bauen. Das war immer eine Nische, jetzt wird es ein weltweit nachgefragtes Produkt."

ThyssenKrupp betreibt in Duisburg das größte deutsche Stahlwerk. Insgesamt ist die Stahlproduktion für sieben Prozent des Kohlendioxidausstoßes in Deutschland verantwortlich. Das soll sich ändern, indem sie bei der Eisengewinnung auf Wasserstoff setzt. In Dubai habe der Konzern dazu Vereinbarungen abgeschlossen, erklärt Vorstandschef Miguel Ángel López Borrego. Eine "sehr starke Zusammenarbeit" zwischen Politik und Industrie sei notwendig, um die Klimaziele zu erreichen: "Hier geht es darum, Partnerschaften zu schließen, mit der Politik zusammenzuarbeiten, um die Partnerschaften zwischen Unternehmen möglich zu machen und das voranzutreiben."

Die LEAG zählt zu Deutschlands größten Stromerzeugern und plant, auf ehemaligen Bergbauflächen Anlagen für Wind- und Sonnenstrom zu bauen - mit rund 7.000 Megawatt Leistung. Auch der LEAG-Vorstandsvorsitzende Thomas Kramer ist beim Gipfel: "Ich bin mir sicher, dass wir durch den Druck, den wir haben, die Energiewende zu gestalten auf der Welt<sup>1</sup>, viele neue Produkte sehen werden." Die Landwirtschaft hat den Klimawandel mitverursacht und leidet massiv unter den Folgen. Chemieriese Bayer bietet Lösungen an, um Pflanzen widerstandsfähiger gegen Dürren und Überschwemmungen zu machen und Emissionen zu senken - etwa bei Reis, dessen Anbau das Klimagas Methan verursacht und enorme Wassermengen verbraucht. Bayer-Cheflobbyist Matthias Berninger verweist auf Entwicklungen seines Konzerns für den Trockenreisanbau: "Wir reduzieren die Methanemissionen, wir brauchen 20 bis 40 Prozent weniger Wasser, um die gleiche Menge Reis zu produzieren."

Die in Dubai heftig umstrittene Abkehr von fossilen Energien stellt auch die deutsche Wirtschaft vor Probleme. Der stellvertretende Geschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Holger Lösch, sagt, gesucht sei ein Weg mit sehr viel mehr Erneuerbaren. "Aber wir brauchen auch Versorgungssicherheit." Und im Moment gebe es in Deutschland eine Situation, "die ich nicht anders als mit Fossilen gewährleistet sehe - möglicherweise auf eine gewisse längere Zeit." Beim BDI herrscht Skepsis vor, was einen schnellen Ausstieg aus der Nutzung von Kohle, Öl und Gas angeht. Aber Aufbruchstimmung in Dubai mit Blick auf die Chancen für die Wirtschaft beim Klimaschutz. "Wir wollen natürlich auch künftig wettbewerbsfähig bleiben oder wieder werden, zum Beispiel bei Batterien oder Solarmodulen", sagt Staatssekretär Wenzel. Wenn weltweit immer mehr Unternehmen klimaneutral produzieren, ist das gut fürs Klima und für die deutsche Wirtschaft. Denn Unternehmen aus Deutschland und der EU mit hohen Auflagen sind im Nachteil gegenüber Firmen aus Drittstaaten, die weniger auf Klimaschutz achten und dadurch kostengünstiger herstellen können. Deutsche Konzerne hoffen deshalb in Dubai auf strategische Partnerschaften von Ländern für einen gemeinsamen Weg zur Klimaneutralität.

Source: Tagesschau.de, 11.12.2023

*This article has been edited for exam purposes*

# ESCP BS - ORAL CONCOURS 2024 - ALLEMAND – LV A

Article N° / /

## “Es tut ein ganzes Leben weh”

Berlin A26877 - diese Nummer vergisst Eva Szepesi nie. Es ist die Häftlingsnummer aus Auschwitz, tätowiert auf den linken Unterarm. Eva Szepesi ist heute 91 Jahre alt. Die Nummer ist verblasst, aber immer noch zu sehen. Szepesi ist eine der wenigen, die noch erzählen können von der Hölle von Auschwitz. Sie erinnert sich genau an ihre letzten Tage dort im Januar 1945. "Ich war wie ein Skelett. Und die haben gedacht, ich bin tot." Eva Szepesi ist damals zwölf Jahre alt. In einem Interview mit dem SWR erzählt sie, wie die Todesmärsche das Vernichtungslager verließen. Die Rote Armee ist nicht mehr weit entfernt. Doch sie ist zu schwach und bleibt zwischen den Toten liegen. Noch heute sieht sie ein Bild vor sich: ein sowjetischer Soldat mit Pelzmütze. "Er hat mich angelächelt. Und ich habe die Augen aufgemacht. Und es hat gut getan." Was Eva Szepesi damals noch nicht weiß: Sie wird Mutter, Vater und Bruder nicht wiedersehen. Die Familie stammt aus Ungarn, erst im November 1944 wird Szepesi mit einem der letzten Transporte nach Auschwitz deportiert. Allein - ohne Mutter, Vater und Bruder. Sie überlebt als Einzige.

Eva Szepesi geht nach dem Krieg nach Deutschland, widerwillig ins Land der Täter. Sie bekommt Kinder, gründet eine eigene Familie. Aber über das, was ihr passiert ist, spricht sie 50 Jahre lang nicht. Bis 1995, als sich die Befreiung von Auschwitz zum fünfzigsten Mal jährt und sie zur Gedenkfeier eingeladen ist. Sie zögert und fährt schließlich hin. "Und es hat gesprudelt. Ich habe erzählt und erzählt. Am Ende haben meine zwei Töchter mich in den Arm genommen. Und haben gesagt, wir hören das erste Mal, Mutti, von deiner Geschichte." Einer, der nie die Geschichte seines Vaters gehört hat, ist Marcel Reif. Der bekannte Sportreporter fragt nicht, "weil ich Angst hatte, Dinge zu hören, was man meinem großen, starken Vater angetan hat". Leon Reif, ein polnischer Jude, wird von den Nazis verschleppt und unter glücklichen Umständen gerettet. Er leidet danach unter Depressionen. Aber den Grund dafür erfährt sein Sohn Marcel erst nach dem Tod seines Vaters. "Mein Vater hat dafür gesorgt, dass ich als Wirtschaftswunder-Nachkriegswohlstands-Jüngling nasebohend fröhlich durch die Welt tänzeln konnte. Und das wollte er."

Heute geht es darum, zu erzählen. Reif und Szepesi sprechen im Bundestag zur Holocaust-Gedenkstunde. Marcel Reif fühlte sich erst überfordert. Denn er fragte: Wie kann er für seinen Vater sprechen? Bundestagspräsidentin Bärbel Bas überzeugte ihn, dennoch zu kommen. Und Eva Szepesi sieht es mittlerweile als Pflicht, zu erzählen. Gerade jungen Menschen gibt sie in einer ARD-Dokumentation eine klare Botschaft mit auf den Weg: "Wenn ihr Ungerechtigkeit erlebt oder seht, entgegenzutreten und nicht zu schweigen. Und immer alleine denken." Gespräche wie diese sind wichtig, um die Erinnerungen der Zeitzeugen weiterzutragen - wenn bald niemand mehr da ist, der aus erster Hand erzählen kann. Anna Vollhardt aus Mainz ist 22 Jahre alt. Sie studiert und arbeitet in der Bildungsstätte Anne Frank. Dass sie heute eine Überlebende wie Eva Szepesi trifft, findet sie sehr, sehr wichtig. "Vielleicht kann man dadurch das auch noch mal besser weitertragen an die Generationen, die später noch kommen."

Source: Tagesschau.de, 31.01.2024

*This article has been edited for exam purposes*

# ESCP BS - ORAL CONCOURS 2024 - ALLEMAND – LV A

Article N°     /     /

## **“Homöopathie macht als Kassenleistung keinen Sinn”**

Die Finanzierung homöopathischer Behandlungen durch gesetzliche Kassen steht vor dem Aus. Gesundheitsminister Lauterbach sieht keinen Sinn in der Leistung. Die Grundlage der Politik müsse die wissenschaftliche Evidenz sein. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) will die Finanzierung homöopathischer Behandlungen durch gesetzliche Kassen streichen. "Homöopathie macht als Kassenleistung keinen Sinn", schrieb der SPD-Politiker auf der Online-Plattform X (früher Twitter). "Die Grundlage unserer Politik muss die wissenschaftliche Evidenz sein." Basis für homöopathische Arzneimittel können pflanzliche, mineralische und tierische Substanzen sein. Die extrem verdünnten Stoffe werden zum Beispiel in Form von Kügelchen (Globuli) verabreicht. Wissenschaftlicher Konsens ist, dass für homöopathische Behandlungen keine Wirkung nachgewiesen ist, die über Placeboeffekte hinausgeht.

### **"Kein medizinisch belegbarer Nutzen"**

Wie der "Spiegel" am Mittwochabend berichtete, verschickte Lauterbachs Ministerium ein Empfehlungspapier an andere Ministerien, in dem dargelegt wird, wo bei der Gesetzlichen Krankenversicherung gespart werden kann. Das Schreiben liegt auch dem ARD-Hauptstadtstudio vor. In dem Dokument heißt es: "Leistungen, die keinen medizinisch belegbaren Nutzen haben, dürfen nicht aus Beitragsmitteln finanziert werden." Und weiter: "Aus diesem Grund werden wir die Möglichkeit der Krankenkassen, in der Satzung auch homöopathische und anthroposophische Leistungen vorzusehen, streichen und damit unnötige Ausgaben der Krankenkassen vermeiden. Den Krankenkassen wird es jedoch möglich sein, private Zusatzversicherungsverträge zu diesen Leistungen zu vermitteln."

### **"Großer Schlag und großer Verlust"**

"Im Sinne unserer Patienten fordern wir, dass Homöopathie erhalten bleibt als Kassenleistung", fordert Michaela Geiger, Vorsitzende vom Zentralverein homöopathischer Ärzte bei tagesschau24. Es sei wichtig, ein breites Feld der Therapien zur Verfügung zu haben in der Grundversorgung, um allen Patienten gerecht zu werden. Die Entscheidung "wäre ein großer Schlag und ein großer Verlust" für die Homöopathie in Deutschland, so Geiger. Zusatzversicherungen sieht sie nicht als Lösung. In den Gruppen und Berufsverbänden wolle man jetzt ein weiteres Vorgehen abstimmen, Ziel sei es, in den Dialog mit Lauterbach zu kommen.

### **Höhe der Einsparungen unklar**

Lauterbach hatte bereits im Oktober 2022 gesagt, die Streichung von Homöopathie als Kassenleistung zu erwägen. Nach Berechnungen von Nachrichtenagenturen und dem "Spiegel" könnten etwa zehn Millionen Euro eingespart werden. Zuletzt sprach Lauterbach allerdings von 20 bis 50 Millionen Euro. Es komme ihm in diesem Fall aber nicht auf das Geld an, betonte Lauterbach. Homöopathie habe nach wissenschaftlichem Sachstand keinen medizinischen Nutzen, sagte Lauterbach. Im Fall der Homöopathie gehe es ums Prinzip, sagte Lauterbach. Grundlage dessen, was vergütet werde, müsse der wissenschaftliche Sachstand sein. Alles andere müsse die Krankenkasse nicht bezahlen.

Source: Tagesschau.de, 11.01.2024

*This article has been edited for exam purposes*

## Welchen Einfluss hat KI auf das Superwahljahr

Bilder, Videos, Sprachnachrichten: In den vergangenen Monaten machten immer wieder KI- generierte Inhalte die Runde und sorgten für Aufsehen. Über die Chancen und Risiken von KI wird daher in der Politik hitzig diskutiert - vor allem mit Blick auf die weltweit mehr als 70 Wahlen im kommenden Jahr - darunter viele wegweisende wie die US-Präsidentenwahl und die Europawahl. Auch in der deutschen Bevölkerung sieht einer Umfrage zufolge etwa die Hälfte in KI-Anwendungen eine Gefahr für die Demokratie - beispielsweise durch die Verbreitung von Falschmeldungen.

### "Risiken für die Meinungsbildung"

"Risiken birgt KI vor allem für die Meinungsbildung vor Wahlen", sagt Christoph Bieber, Politikwissenschaftler am Center for Advanced Internet Studies (CAIS) in Bochum. "Allerdings stehen wir noch ganz am Anfang der Forschung und können daher nur erahnen, in welche Richtung die Entwicklung geht." Neben gezielter Desinformation, die von politischen aber auch anderen Interessengruppen verbreitet werden kann, ist der Einsatz von KI jedoch mit Blick auf Wahlen auch für ganz andere Zwecke denkbar. In den sozialen Netzwerken sind hinsichtlich einer möglichen Wählerbeeinflussung beispielsweise sogenannte Social Bots eine Gefahr. Social Bots sind Fake-Accounts, die von KI-Systemen betrieben werden und Inhalte beispielsweise durch Likes oder andere Interaktionen für den Algorithmus interessanter machen, um dadurch die Reichweite zu erhöhen. Für Nutzer ist das oftmals nicht ersichtlich, so dass bei ihnen der Eindruck entsteht, bestimmte Positionen seien zumindest im Netz populärer als andere. Für Politiker wären auch personalisierte Chatbots denkbar, um mit potenziellen Wählern zu interagieren. In Miami im US-Bundesstaat Florida hat der Bürgermeister Francis Suarez einen KI-betriebenen Chatbot erstellen lassen, der Fragen über ihn beantworten soll. Allerdings werden die User-Fragen meist nicht direkt beantwortet, sondern ihnen werden je nach Themengebiet bestimmte Videos von Suarez gezeigt. Dennoch könnten ähnliche Modelle zukünftig für die Wählerbindung aus Sicht von Experten eine größere Rolle spielen.

### Auch Parteien in Deutschland nutzen KI

Auch in Deutschland nutzen die großen Parteien KI bereits für politische Kampagnen, sagt Katja Muñoz, wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Bereits bei der vergangenen Bundestagswahl nutzten die meisten Parteien demnach beispielsweise KI-basierte Kommunikationssysteme. Die CDU hatte zudem eine Wahlkampf-App, um Daten zu Haustürgesprächen und potenziellen Unterstützern auszuwerten. Durch solche Maßnahmen soll der Wahlkampf effektiver gestaltet werden. Insgesamt seien die deutschen Parteien im internationalen Vergleich jedoch eher zurückhaltend, was den konzertierten Einsatz von KI angehe, sagt Bieber. "Die Parteien verfügen noch nicht wirklich über gute Daten über die eigene Organisation und ihre Wähler. Und das macht dann den Einsatz von KI-Anwendungen für eigene Zwecke nicht einfacher." In Deutschland sei das jedoch aufgrund des höheren Datenschutzes ohnehin schwieriger als in anderen Ländern. Mit Blick auf die Zukunft fordert Bieber, dass die Parteien sich beim Thema KI auf gemeinsame Richtlinien einigten. "Gut wäre es, wenn die Parteien sich auch ein bisschen selbst beschränken würden. Aber das ist bislang nicht passiert." Zudem fordert Bieber mehr Transparenz von den Parteien darüber, für welche Zwecke sie KI einsetzen.

Source: Tagesschau.de, 20.11.2023

*This article has been edited for exam purposes*

# ESCP BS - ORAL CONCOURS 2024 - ALLEMAND – LV A

Article N°     /     /

## **Elf Prozent mehr Geld für Polizistinnen und Lehrer**

Gewerkschaften und Arbeitgeber haben den Tarifstreit des öffentlichen Dienstes der Länder beigelegt. Verdi und Beamtenbund einigten sich mit den Bundesländern am Samstagmittag auf Lohnerhöhungen, die nach Angaben von Verdi im Schnitt mehr als elf Prozent betragen. Dies verteilt sich auf 25 Monate.

Im Einzelnen erhalten drei Millionen Angestellte, Beamte und Ruheständler eine Inflationsprämie von insgesamt 3000 Euro, auf die sie keine Steuern und Abgaben zahlen müssen. Den ersten Teil erhalten sie schon für diesen Monat. Außerdem gibt es ab November 2024 eine dauerhafte Gehaltserhöhung von zunächst 200 Euro. Von dem Absolutbetrag profitieren Bezieher niedrigerer Einkommen besonders, die stark unter der Inflation leiden. Denn für sie bedeutet diese Erhöhung prozentual mehr als für Arbeitnehmer, die mehr verdienen. Auf diese soziale Herangehensweise hatte die Gewerkschaft besonders gedrängt. Im Februar 2025 steigen die Gehälter dann noch mal um 5,5 Prozent. Alle Erhöhungen zusammen entsprechen nach Angaben von Verdi im Kern dem Lohnabschluss für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen vom April. Diesen wollten die Bundesländer zunächst in der Höhe nicht zugestehen, es war die Rede von zu hohen Kosten.

Mit der Einigung werden weitere Arbeitskämpfe im öffentlichen Dienst wie in den vergangenen Wochen abgewendet. "Das Tarifiergebnis konnte nur erzielt werden, weil Zehntausende Beschäftigte mit Streiks quer durch den öffentlichen Dienst Druck gemacht haben", erklärte Verdi-Chef Frank Werneke. Ende November legten etwa 20 000 Lehrer und Erzieher für einen Tag die Arbeit nieder, Kitas mussten deshalb schließen und Unterricht fiel aus. Eine ähnliche Aktion gab es zuvor bereits an Unikliniken und anderen Krankenhäusern der Länder.

"Dieser Kompromiss ist für beide Seiten nicht einfach", sagte der Verhandlungsführer der Arbeitgeber, Hamburgs Finanzsenator Andreas Dressel (SPD). "Die öffentlichen Haushalte befinden sich im Krisenmodus, gleichzeitig wird es für uns als Länder schwieriger, Personal zu gewinnen und zu halten. Mir ging es um einen für die Beschäftigten insgesamt fairen und für die Länderhaushalte gerade noch machbaren Abschluss". Verdi und der Beamtenbund forderten ursprünglich 10,5 Prozent mehr Einkommen beziehungsweise mindestens 500 Euro monatlich mehr verteilt auf zwölf Monate. Sie argumentierten mit der hohen Inflation. Außerdem, so die Gewerkschaften weiter, müsse der öffentliche Dienst dringend attraktiver werden, auch durch höhere Gehälter. Nach Angaben des Beamtenbunds können derzeit etwa 360 000 Stellen nicht besetzt werden.

Die Arbeitgeber signalisierten, im Grundsatz zwar zu Lohnerhöhungen bereit zu sein. Die finanziellen Spielräume der Länder aber seien sehr eng. "Die Haushaltslage ist dramatisch", so formulierte es Verhandlungsführer Andreas Dressel im SZ-Interview. Durch Gesetze der Bundesregierung müssten die Länder in den nächsten fünf Jahren auf 40 Milliarden Euro an Steuereinnahmen verzichten. Der Bund könne die Zuwendungen an die Länder einschränken, sagte Dressel. In dieser Lage die Forderungen der Gewerkschaften zu finanzieren, die für die 850 000 Angestellten, 1,2 Millionen Beamten und 900 000 Pensionäre etwa 20 Milliarden Euro kosten würden, sei nicht möglich, so Dressel. Zugleich aber hatte es vor der dritten Verhandlungsrunde, die seit Donnerstag in Potsdam stattfand, von beiden Seiten Signale gegeben, dass man zu einem Kompromiss bereit sei.

Source: Sueddeutsche Zeitung, 09.12.2023

*This article has been edited for exam purposes*



# ESCP BS - ORAL CONCOURS 2024 - ALLEMAND – LV A

Article N° / /

## Warum der Schutz von Frauen nicht vorankommt

"Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt sind keine Privatsache, sie sind ein gesellschaftliches Problem", sagte EU-Gleichstellungskommissarin Helena Dalli vor fast zwei Jahren. Und ein Problem, das EU-weit einheitlich angegangen werden sollte. Mit diesem Ziel war die EU-Kommission am 8. März 2022 gestartet, dem Internationalen Weltfrauentag. Konkret heißt das: Gewisse Delikte sollen europaweit einheitlich unter Strafe gestellt werden. Darunter auch Taten aus dem stetig wachsende Bereich der digitalen Gewalt gegen Frauen, wie Cyberstalking - also das Verfolgen, Belästigen und Einschüchtern im Netz. Oder auch das ungefragte Bombardieren mit intimen Bildern - wie zum Beispiel das Umherschicken von "Dickpics", also Penisfotos. Zentrales Element der geplanten EU-Richtlinie ist wohl der Tatbestand der Vergewaltigung. Er soll EU-weit vereinheitlicht werden, nach dem Einwilligungsansatz "Nur ja heißt ja".

Nein, sagt aber bisher Deutschland im Rat der 27 EU-Staaten. Juristische Bedenken stehen im Weg. Die EU könnte ihre Kompetenzen überschreiten und der Europäische Gerichtshof eine solche Regelung im Nachhinein kippen, argumentiert Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP). Er folgt damit der Lesart, wonach die EU nur im Bereich der als EU-Straftat eingeordneten Verbrechen einheitliche Mindeststandards und vor allem Mindeststrafen vorschreiben darf. Der Katalog der EU-Straftaten umfasst besonders schwere, häufig grenzüberschreitenden Kriminalität - darunter Terrorismus, Geldwäsche, Menschenhandel. Vergewaltigung steht bisher nicht auf dieser Liste.

Der Europaabgeordnete Maria Noichl (SPD) kennt diese Argumentationsgrundlage - es gebe aber auch andere. "Herr Buschmann beruft sich darauf, dass es ein Papier des EU-Rates gibt, das sagt: 'Das dürfen wir nicht.' Wir als Parlament und auch die Kommission berufen sich aber auf andere juristische Papiere, die eindeutig und klar machen, das wäre möglich." Noichl erwartet von Buschmann Flexibilität. Er solle zwischen diesen beiden juristischen Papieren vermitteln und deutlich machen: Der Schutz der Frauen hat oberste Priorität. In 14 Ländern müssen Frauen noch nachweisen, dass es zu konkreter Gewalt oder Androhung von Gewalt kam, damit man von Vergewaltigung sprechen kann. "An allererster Stelle sind Ungarn und Polen zu benennen - wir haben aber natürlich auch Länder im Baltikum oder Länder vor allen Dingen im Osten der Europäischen Union, die hier noch mal deutlich nachbessern müssen", sagt Noichl. Es dürfe nicht vom Geburtsort der Frauen abhängig sein, wie viel Schutz ihnen zustehe oder eben nicht.

Nur in 13 Staaten gibt es ein Gesetz, nach dem Vergewaltigung definiert ist als "Sex ohne Zustimmung" - das schließt also auch Fälle ein, in denen Frauen durch Drogen oder Alkohol gezielt wehrlos gemacht werden oder ein Nein nicht ernst genommen wird. Deutschland hat sein "Nein heißt nein" seit mehr als sieben Jahren im Gesetzbuch stehen. Bei Verstoß drohen sechs Monate bis fünf Jahre Haft. Das sollte erst recht ermuntern, sich für europaweite Standards einzusetzen, betont Noichl. "Es geht auch um die Frage: Wie setzt sich Deutschland für europäische Werte ein? Aber da fehlt momentan offenbar der Mut und anscheinend der politische Wille." Fest steht: Auch Frankreich, ein Land, das bei Frauenrechten meist progressiv auftritt - etwa bei der Gesetzgebung hinsichtlich Prostitution -, blockiert das Gesetz derzeit. Erreichen die Mitgliedsstaaten auch im kommenden Monat keine Einigung, wird es vor den Europawahlen wohl nichts mehr.

Source: Tagesschau.de, 30.01.2024

*This article has been edited for exam purposes*

# ESCP BS - ORAL CONCOURS 2024 - ALLEMAND – LV A

Article N°     /     /

## **Bundesanwaltschaft: Soldat wegen Spionage für Russland angeklagt**

**Ein Bundeswehrsoldat soll Russland 2023 Informationen angeboten haben. Die Bundesanwaltschaft erhob nun Anklage wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit gegen ihn. Es ist nicht der erste Fall mutmaßlicher Spionage für Russland.**

Die Bundesanwaltschaft hat Anklage gegen einen Berufssoldaten der Bundeswehr erhoben. Er sei hinreichend verdächtig, für einen ausländischen Geheimdienst tätig gewesen zu sein und das Dienstgeheimnis verletzt zu haben. Thomas H. war im August 2023 festgenommen worden und sitzt seither in Untersuchungshaft. Er war bis dahin beim Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr in Koblenz beschäftigt.

Der Bundesanwaltschaft zufolge wandte er sich ab Mai 2023 mehrfach an das russische Generalkonsulat in Bonn und die Botschaft Russlands in Berlin, um eine Zusammenarbeit anzubieten. In einem der Fälle soll er Informationen zur Weiterleitung an einen russischen Geheimdienst übermittelt haben, die er bei seiner beruflichen Tätigkeit erlangt haben soll. Über die Zulassung der Anklage entscheidet das Oberlandesgericht Düsseldorf.

Die Bundesanwaltschaft hat bereits mehrfach Anklagen wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit für Russland erhoben. Im November 2022 verurteilte das Oberlandesgericht Düsseldorf einen Reserveoffizier der Bundeswehr zu einer Strafe von einem Jahr und neun Monaten auf Bewährung. Er hatte über einen längeren Zeitraum Kontakt zu russischen Verteidigungsattachés an der Botschaft in Berlin gehalten. Im Gerichtsprozess sagte ein Bundeswehroffizier als Zeuge aus: In der NATO werde davon ausgegangen, dass russische Verteidigungsattachés mit dem Militärgeheimdienst GRU verbunden sind. Ebenfalls zu einer Bewährungsstrafe wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit war ein Mann aus Potsdam verurteilt worden, weil er der russischen Botschaft in Berlin per Post eine CD mit Plänen von Bundestagsliegenschaften<sup>1</sup> geschickt haben soll. Der Brief war abgefangen worden, bevor er die Botschaft erreichte.

Schwerwiegender ist der Fall des BND<sup>2</sup>-Agenten Carsten L. und seines Komplizen Arthur E., die vor dem Kammergericht Berlin angeklagt sind. Die Bundesanwaltschaft wirft ihnen schweren Landesverrat in zwei Fällen vor. Dies kann mit langjährigen Haftstrafen belegt werden. In der vergangenen Woche hatte BND-Präsident Bruno Kahl dazu ausgesagt, welche Folgen der Verratsfall für den BND und die Bundesrepublik hatte. In einem öffentlichen Teil der Verhandlung sprach er von einem "immensen Schaden" für die Reputation Deutschlands und für das Vertrauen in den deutschen Auslandsnachrichtendienst. Das Gerichtsverfahren ist zunächst bis zum Sommer terminiert.

Source: Tagesschau.de, 19.03.2024

*This article has been edited for exam purposes*

<sup>1</sup> Immeubles du Bundestag

<sup>2</sup> *Bundesnachrichtendienst*, Service fédéral de renseignement

# ESCP BS - ORAL CONCOURS 2024 - ALLEMAND – LV A

Article N°     /     /

## EU startet “Tinder für Talente”

Einige in Brüssel sprechen bereits vom "Tinder für Talente". Und am Dating-App-Vergleich ist durchaus was dran. Es geht los mit der Funktionsweise. EU-Vize-Kommissionspräsident Margaritis Schinas sagt: "Das ist die Logik des Systems. Es gibt offene Stellen und es gibt Angebote. Sobald die Übereinstimmung zustande kommt, teilt das System es den Betroffenen mit." Und es gilt, ergänzt Innenkommissarin Ylva Johansson, alle Angebote hätte man theoretisch auch offline beziehungsweise woanders finden können. Die Plattform könnte den Suchprozess aber erleichtern und abkürzen: "Wir ändern nichts, wenn es um die Rechtsgrundlage für Arbeitsmigration geht. Letztes Jahr kamen 1,2 Millionen Arbeitsmigranten aus Drittländern in die EU. Daran wird sich mit dem Talentpool nichts ändern. Nur das Matching wird einfacher sein."

### Quote der offenen Stellen steigt

Das ist nötig. Denn zunehmend schwerwiegender wird der Arbeitskräftemangel in Europa, auf beinahe allen Qualifikationsniveaus. Die Arbeitslosenquote ist mit 6 Prozent zuletzt vergleichsweise niedrig geblieben. Die Quote der offenen Stellen jedoch ist im vergangenen Jahr auf knapp 3 Prozent gestiegen - mehr als doppelt so hoch wie noch vor zehn Jahren. Europaweit besonders schlimm ist es zum Beispiel auf dem Bau, im Gesundheitswesen - gerade in der Pflege - sowie in der Informations- und Kommunikationstechnik. Vor allem in solchen Mangelberufen - insgesamt hat die EU-Kommission 42 auf der Liste - soll der EU-Talentpool so viele passende Arbeitssuchende aus Nicht-EU-Ländern wie möglich vermitteln.

### Kommissare: Sorgen vor Missbrauch übertrieben

Alles weitere, etwa die Entscheidung über eine Aufenthalts- beziehungsweise Arbeitserlaubnis, liege in den einzelnen Ländern. Sorge, dass die Plattform, weil sie so schön niedrigschwellig ist, leicht ausgenutzt werden könnte, hat Vize-Kommissionspräsident Schinas nicht: "Wir sprechen über ein rechtlich geordnetes, autorisiertes System. Sondern es werden Leute kommen, die Papiere mitbringen, nachdem sie eine konkrete Stelle in einem Mitgliedsstaat haben. Und bei jemanden, der von der Elfenbeinküste kommt, um in einem französischen Krankenhaus zu arbeiten - da glaube ich nicht, dass er anfängt rumzureisen, weil er die Sicherheit über seinen Status und die Papiere verlieren würde." Vielmehr sind die beiden EU-Kommissare überzeugt, dass auch durch diese Initiative die illegale Migration gebremst werden kann. Vielen Menschen werde gezeigt, dass sich der gefährliche Weg etwa über das Mittelmeer nicht lohne.

### Informationsangebot für Talente und Arbeitgeber

Und es müsse darum gehen, die EU endlich attraktiver für Talente von außerhalb zu machen. Die Plattform solle daher auch über Visa-Regelungen, Arbeitserlaubnisse und Weiterbildungsmöglichkeiten informieren. Die Seite der Arbeitgeber wiederum bekomme mehr Informationen über die genauen Kompetenzen und Qualifikationen hinter so manchem Abschluss aus Drittländern. Innenkommissarin Johansson sagt: "Wenn wir all dies ermöglichen können, wird die EU attraktiver, auch wenn wir keine Nation sind. Aber so können wir auch eine Verbindung herstellen zwischen den verschiedenen Mitgliedsstaaten, um uns alle auf der globalen Bühne für Talente ein wenig attraktiver zu machen." Noch aber stehen die Verhandlungen von Europaparlament und EU-Staaten vor dem Start einer solchen Talente-Plattform. Und auch dann wird gelten - wie bei Tinder: Die Teilnahme ist freiwillig. Und die Mitgliedsstaaten können sie an ihre Bedürfnisse anpassen.

Source: Tagesschau.de, 15.11.2023

*This article has been edited for exam purposes*



# **Concours après classes préparatoires**

Sujets de l'épreuve orale

Allemand LVB

2024

# ESCP BS - ORAL CONCOURS 2024 - ALLEMAND – LV B

Article N°     /     /

## **AfD: Zwischen Unschuldsvermutung und Parteiausschluss**

Er habe erst im Zuge der Berichterstattung von den Korruptionsvorwürfen gegen Maximilian Krah erfahren, so AfD-Chef Tino Chrupalla in der ARD-Sendung Caren Miosga am Sonntagabend. Krah habe ausgeschlossen, jemals Geld erhalten zu haben und das auch schriftlich bestätigt. Ebenso Petr Bystron. Gegen den AfD-Spitzenkandidaten für die Europawahl Krah und den Zweitplatzierten der Liste Bystron sind Vorwürfe laut geworden, dass diese Geld von pro-russischen Quellen beziehen oder bezogen haben. Die vermeintlichen Zahlungen sollen im Zusammenhang mit der pro-russischen Internetplattform "Voice of Europe" stehen, welche inzwischen von Tschechien auf eine Sanktionsliste gesetzt wurde, weil sie darauf abziele, Einfluss auf das EU-Parlament auszuüben.

Ein Kontakt des Putin-Vertrauten Wiktor Medwedtschuk, der Aktivist Oleg Woloschyn, hatte Krah verdächtige Chatnachrichten geschickt, die darauf hinweisen, dass der AfD-Politiker Geld von diesem erhalten hatte. Das FBI befragte nach Recherchen des "Spiegel" und ZDF "Frontal" Krah bereits im Dezember zu den Chatnachrichten.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Petr Bystron soll 20.000 Euro von dem Moskau-treuen, ukrainischen Geschäftsmann Artem Martschewskyj erhalten haben, wie gemeinsame Recherchen der tschechischen Tageszeitung "Deník N", des ARD-Politikmagazins Kontraste und der Wochenzeitung "Die Zeit" ergaben. Die Informationen stützen sich auf Audio-Aufnahmen, die der tschechische Inlandsnachrichtendienst BIS aufgenommen hat und die die Geldübergabe dokumentieren sollen. Beide AfD-Politiker dementieren, Geld von pro-russischen Quellen angenommen zu haben.

Ausschließen wollte AfD-Chef Chrupalla nicht, dass es die vermuteten Zahlungen gab. Er sehe dafür aktuell aber keine ausreichenden Indizien: "Im Rechtsstaat gilt die Unschuldsvermutung." Solange keine Beweise oder Belege vorliegen, glaube er Krah und Bystron. "Es ist nichts Gegenteiliges bewiesen. Insofern stelle ich mich am Tag heute hinter die beiden Kollegen." Für den Fall, dass sich der Verdacht jedoch bewahrheiten sollte, würden Krah und Bystron die Partei verlassen müssen, so Chrupalla: "Solche Personen haben keinen Platz bei uns." Die AfD sei sehr an der Aufklärung der Vorwürfe interessiert. Am Montag solle daher ein Treffen des Parteivorstandes stattfinden, bei dem sich Krah und Bystron erklären müssen.

Angesprochen auf Passagen aus dem Buch von Maximilian Krah, "Politik von Rechts," in denen es heißt, Frauen hätten in der Spitze einen geringeren Intelligenz-Quotienten als Männer und seien daher weniger geeignet für Führungspositionen, distanzierte sich Chrupalla von seinem Parteifreund: "Sein Buch ist nicht das Partei- oder Europaprogramm der AfD." Mehr könne er zu den zitierten Passagen nicht sagen, Chrupalla habe Krahs Buch nicht gelesen, erklärte er in der Sendung. "Ich weiß auch nicht, ob er das Buch selbst geschrieben hat. Auch das müsste man ihn vielleicht einmal selbst fragen", so Chrupalla. Es sei nicht seine Aufgabe als Parteivorsitzender, die privaten Positionen seiner Parteimitglieder zu verteidigen. "Das ist die Einzel- und Privatmeinung von Maximilian Krah." Seinem Geschmack entspreche es nicht.

Source: Tagesschau.de, 22.04.2024

*This article has been edited for exam purposes*

# ESCP BS - ORAL CONCOURS 2024 - ALLEMAND – LV B

Article N°     /     /

## **Global, politisch, jung: Mit 16 bei der Europawahl dabei**

Es ist eine Premiere: Bei der Europawahl am 9. Juni dürfen in Deutschland zum ersten Mal Jugendliche ab 16 Jahren ihre Stimme abgeben. Bislang lag das Mindestwahlalter bei 18 Jahren. Und auch wenn der Anteil der 16- und 17-Jährigen an den Wahlberechtigten nur rund zwei Prozent ausmacht: Die Neuregelung ist in Meilenstein für Deutschland. Doch inwieweit interessieren sich junge Leute überhaupt für Europa? Und was halten sie selbst von der Reform?

„Wir finden das Wählen mit 16 sehr gut“, sagt der Vorsitzende des Länderschülerbeirats Baden-Württemberg, Joshua Meisel. Möglichst früh die Möglichkeit zu haben, sich an der Demokratie zu beteiligen, werde im „Endeffekt auch die Politikverdrossenheit verringern“, meint der 19-Jährige. „Europa ist ein Thema, an dem sich die Geister ein bisschen scheiden. Es gibt die einen, die sehr für Europa brennen“, sagt er. Und dann gebe es andere, denen regionale, lokale und Bundespolitik wichtiger sei. Er selbst ist begeisterter Europäer: „Ich persönlich finde Europa sehr, sehr wichtig, auch wählen zu gehen und mitzumachen, weil die EU schon lange eine Friedensgarantie in Europa gewesen ist.“ Nach Angaben des Jugendforschers Klaus Hurrelmann von der Berliner Hertie School zeigen Studien, dass junge Leute sehr europafreundlich sind. „Europa ist sehr positiv besetzt in der jungen Generation“, betont er.

Laut Statistischem Bundesamt lebten Ende 2023 rund 1,4 Millionen 16- und 17-jährige Erstwähler in Deutschland, die nun bei der Europawahl abstimmen dürfen. Wie viele dann tatsächlich zur Urne gehen, ist eine interessante Frage. Wahlanalysen zeigten eher einen Trend zu niedrigerer Wahlbeteiligung bei jüngeren Altersgruppen. Das habe auch biografische Gründe, sagt Jugendforscher Hurrelmann. Die älteren Generationen empfänden das Wählen als eine soziale, gesellschaftliche Pflicht. Sie wüssten es zu schätzen, dass es möglich sei, frei seine Stimme abzugeben. „Für die jüngeren Menschen ist das eine Selbstverständlichkeit“, sagt er. „Sie gehen am liebsten zur Wahl, wenn ihre Stimme wirklich auch zählt.“

Hurrelmann ist überzeugt: Bereits im 14. Lebensjahr seien junge Menschen in der Lage einzuschätzen, was bei einer Wahl passiert. Mit 16 Jahren könne man also eine Wahlpräferenz äußern. Um sich diese junge Wählergruppe zu sichern, müssten Parteien klare Konturen zeigen und attraktiv kommunizieren. Eine wichtige Rolle spielen dabei die sozialen Medien. „Die meiste politische Information wird über die digitalen Plattformen aufgenommen“, erklärt Hurrelmann. Das müssten Parteien auch bedienen. Die AfD nutzt die sozialen Medien besonders stark, um Jugendliche mit ihren Botschaften zu erreichen.

Source: Sueddeutsche Zeitung, 22.04.2024

*This article has been edited for exam purposes*

## Deutsche sehen Fake News als Gefahr für die Demokratie

Die Verbreitung von Desinformationen gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt, finden vier von fünf Deutschen. Weniger einig ist man sich bei der Frage, wer die Manipulationen zu welchem Zweck verbreitet.

Die Verbreitung von Desinformationen im Internet wird einer aktuellen Studie zufolge von 81 Prozent der Deutschen als Gefahr für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt angesehen. Eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung befürchtet Wahlbeeinflussung und Spaltung der Gesellschaft, so das Ergebnis einer am Mittwoch von der Bertelsmann-Stiftung in Gütersloh veröffentlichten Studie. Am häufigsten nehmen die Befragten Desinformationen dabei im Zusammenhang mit kontroversen Themen wie Einwanderung, Gesundheit, Krieg und Klimakrise wahr.

Die sozialen Medien sind dabei der Ort, an denen Befragte Desinformationen am häufigsten wahrnehmen, gefolgt von Blogs und Messenger-Diensten. Zwei Drittel vermuten dabei Protest- und Aktivistengruppen als Quelle der Falschinformationen, gefolgt von Bloggern und Influencern (60 Prozent), ausländischen Regierungen (53 Prozent) und Politikern sowie Parteien aus Deutschland (50 Prozent).

Für die Studie hat man Anfang Oktober 2023 online 5055 Menschen über 16 Jahren in Deutschland befragt. Das Bewusstsein für die Risiken absichtlicher Falschinformationen für die Demokratie sei in weiten Teilen der Bevölkerung geschärft, bilanzieren die Studienautoren. Was jedoch von den Befragten als absichtliche Falschinformationen im Netz wahrgenommen wird und welche Urheber und Motive sie dahinter vermuten, hängt auch vom Vertrauen der Befragten in die Medienlandschaft und Politik insgesamt zusammen.

### Mitautorin sieht „wachsendes Misstrauen gegenüber Medien und Politik“

Während Desinformationen nach Ansicht der Befragten mit hohem Medienvertrauen vor allem mit dem Ziel verbreitet werden, das Vertrauen in die Politik und Demokratie zu schwächen (93 Prozent), glauben dies Menschen mit niedrigem Medienvertrauen deutlich seltener (68 Prozent). Befragte dieser Gruppe glauben dagegen zu 91 Prozent, dass Falschinformationen verbreitet würden, um von Skandalen und politischer Unfähigkeit abzulenken.

Die Studie sortiert ein knappes Drittel der Befragten in die Gruppe mit niedrigem Medienvertrauen. In dieser sind AfD-Wähler überproportional vertreten, die Unzufriedenheit mit der Demokratie ist hier ebenso verbreitet. Hohes Medienvertrauen ist bei 43 Prozent der Befragten ausgeprägt. Belege für ähnliche Polarisierungen finden sich an mehreren Stellen der Untersuchung. So glauben Grünen-Wähler eher, Manipulationen kämen von rechts, für AfD-Wähler kommen Fake News von links.

„Die Umfrageergebnisse zeigen auch ein wachsendes Misstrauen gegenüber Medien und Politik bei gleichzeitiger Verunsicherung“, sagte Cathleen Berger, die Mitautorin der Studie. „Wenn sich immer mehr Menschen aus dem Diskurs zurückziehen, besteht die Gefahr einer zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft“, so ihre Befürchtung. Trotz Aufmerksamkeit für das Phänomen fehle vielen Menschen die Orientierung, wie sie auf Manipulationen reagieren können.

Source: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.02.2024

*This article has been edited for exam purposes*

## **Kultusminister Schwarz befürchtet Drogenwelle an Schulen**

Der hessische Kultusminister Armin Schwarz (CDU) will in Schulen stärker auf die gesundheitlichen Risiken des Konsums von Cannabis aufmerksam machen. Die Legalisierung soll in der nächsten Woche im Bundestag beschlossen und nach der Behandlung im Bundesrat im April in Kraft treten.

Der Unionspolitiker kündigte am Freitag in Wiesbaden an, die Lehrkräfte im Umgang mit Drogenproblemen intensiver zu unterstützen. Dazu habe das Ministerium neben den laufenden Angeboten wie etwa der „Handreichung Suchtprävention“ ein Hilfspaket vorbereitet. Seit Beginn des zweiten Schulhalbjahres stehe den Schulen das Programm „Cannabis Kompakt“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zur Verfügung. Die drei Unterrichtseinheiten, die jeweils 90 Minuten umfassen, richten sich an die Klassenstufen acht und neun aller Schulformen.

Mitte April will das Kultusministerium zusammen mit der Psychotherapeutenkammer Hessen eine Online-Fortbildung zu Suchterkrankungen starten, in der es um Cannabis, Alkohol und Nikotin geht. Im Mai soll ein Informationsschreiben mit den aktuellen suchtpreventiven Angeboten an alle Schulen versandt werden. Im Oktober richtet das Ministerium gemeinsam mit der Landesstelle für Suchtfragen an der Goethe-Universität in Frankfurt eine Fachtagung zur schulischen Cannabisprävention aus. Die Veranstaltung wendet sich in erster Linie an Beratungslehrkräfte für Suchtprävention, die vor allem an weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I im Einsatz sind. Darüber hinaus können sich die Schulen bei Bedarf an die regionalen Fachstellen für Suchtprävention oder an die Ansprechpartner der Staatlichen Schulämter wenden.

### **„Völlig falsches Signal“**

„Statt Cannabis mit der Legalisierung gesellschaftsfähig zu machen, sollte unseren jungen Menschen noch mehr ins Bewusstsein gerückt werden, dass bei ihnen die gesundheitlichen Risiken besonders hoch sind“, meinte Schwarz. Hier werde „ein völlig falsches Signal“ gesetzt, so Schwarz. „Ich befürchte eine neue Drogenwelle auf unsere Schulen zukommen.“ Die gesundheitlichen Risiken seien hoch.

### **Gravierende Auswirkungen auf das Gehirn**

Es bestehe die Gefahr psychischer Erkrankungen wie Depressionen, Angststörungen und Psychosen. Die Auswirkungen auf das sich noch entwickelnde Gehirn der Jugendlichen seien nach wissenschaftlichen Erkenntnissen gravierend. Die Lern-, Gedächtnis- und Konzentrationsleistung könne sich abhängig vom Konsum stark verschlechtern. „Dem müssen wir uns vehement entgegenstellen“, meinte Schwarz.

Nach der übereinstimmenden Einschätzung der Fachleute für die Freigabe für Erwachsene dazu führe, dass auch Minderjährige leichter an die Droge gelangen. Dass der Konsum im Umkreis von 200 Meter um Schulen, Kitas und Jugendeinrichtungen nicht erlaubt werden solle, sei ein wirkungsloses Verbot. Denn dessen Einhaltung lasse sich in der Realität nicht kontrollieren.

Source: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.02.2024

*This article has been edited for exam purposes*



## **Wer war Franz Kafka? ARD-Serie nähert sich dem Autor**

Wer war Kafka? Ein herausragender Schriftsteller, Wegbereiter der literarischen Moderne, das sagt der Kanon. Wie aber steht es um den Menschen Franz Kafka? Wie hat der Schöpfer einiger der ikonischsten Texte des 20. Jahrhunderts gesprochen, gefühlt, geliebt? Unterstützt von Fachberater Reiner Stach hat Bestsellerautor Daniel Kehlmann gemeinsam mit seinem Freund und Regisseur David Schalko eine ambitioniert erzählte sechsteilige Serie entworfen, die von den drei großen Lieben Kafkas und dem schwierigen Verhältnis zu seinem tyrannischen Vater handelt und von seiner engen Freundschaft zu Max Brod, der seinen letzten Willen verriet und ihm so den Weltruhm sicherte.

"Mit purer, reduzierter, schnörkelloser Sprache entwarf Franz Kafka mehrdeutige Parabeln, düster, komisch, beklemmend zugleich. Kein anderer deutschsprachiger Schriftsteller des 20. Jahrhunderts hat weltweit so viel Aufmerksamkeit gefunden, kein anderer steht mit seinem Namen und dem Begriff 'kafkaesk' auch in zahlreichen anderen Sprachen als Synonym für Verhältnisse, die als absurd, rätselhaft und mysteriös wahrgenommen werden", sagt Christian Granderath, Leiter der Abteilung Film, Familie & Serie NDR.

### **Der Schweizer Schauspieler Joel Basman verkörpert Franz Kafka**

David Schalko hat für die Serie "Kafka" ein großartiges Ensemble zusammengestellt: mit Liv Lisa Fries, Lia von Blarer, Tamara Romero Ginés, David Kross und Nicholas Ofczarek als Geliebte, Freunde und Familienmitglieder, die dem rätselhaften Genie Kafka in Liebe, Freundschaft und Furcht verbunden sind. (...) Daniel Kehlmann und Regisseur David Schalko haben gemeinsam einen Franz Kafka entworfen, der einleuchtend und prägnant das Bild eines in vieler Hinsicht besonderen Menschen zeichnet.

Joel Basman gelingt es, dem Nimbus Kafka Fleisch und Blut zu verleihen, ohne ihn bis ins Letzte zu erklären. Er bleibt mehrdeutig und eigenartig, mit seinem - historisch belegten - keckernden Lachen, seinen komischen Antworten auf Alltagsfragen, seiner spartanischen Ernährungsweise. Ein hellstichtiger und mitunter zugleich erstaunlich wenig empathischer Beobachter seines Umfelds.

Die Zuschauenden erleben Franz Kafka in der Serie aus den Augen seiner Wegbegleiter und Gefährtinnen. Allen voran Max Brod, gespielt von David Kross, dem Autor und Freund seit Studientagen, der Franz Kafka nicht nur gefördert, sondern auch sein Werk vor der von Kafka selbst erbetenen Vernichtung gerettet hat.

Nicht minder treffsicher ist Nicholas Ofczarek als Kafkas alles bestimmender Vater, und Kafkas Frauen, verkörpert durch Lia von Blarer, Liv Lisa Fries und Tamara Romera Ginés. Das Ensemble vervollständigen Robert Stadlober, Christian Friedel und Tobias Bamborschke als literarische Freunde. So wird "Kafka" zum großen Jahrestag des Franz Kafka zu einem Fest ambitionierter Erzählkunst, das Literaturbegeisterte hoffentlich genauso in seinen Bann ziehen wird wie Fans des modernen Serienfernsehens. (...)

Source: NDR.de, 27.03.2024

*This article has been edited for exam purposes*

## Kunst als Geldanlage?

**Es klingt verlockend: Kunst sammeln und Rendite einstreichen. Immerhin zeigt der Trend in der Kunst tatsächlich Richtung Wertsteigerung. Aber macht sie das zu einer sicheren Alternative zu Aktien oder Gold?**

Es gibt sie, die absoluten Ausnahmesituationen, in denen sich ein Kunstwerk als regelrechte Goldgrube herausstellt. Etwa im Fall von Leonardo da Vincis "Salvator Mundi". Im Jahr 2013 wurde das Gemälde für 80 Millionen Dollar verkauft. Im Jahr 2017 wurde es mit einem Rekordpreis von 450,3 Millionen Dollar zum bisher teuersten Gemälde der Welt. Doch auch abseits von derartig schwindelerregenden Summen scheinen Kunstwerke im Wert zu steigen. Damit werden sie auch für Menschen interessant, die nach Alternativen für ihre Geldanlagen suchen.

Heike Negenborn hat es an ihrer Kunst erlebt: Als die Künstlerin vor 35 Jahren mit der Landschaftsmalerei anfang, gab es noch wenig Nachfrage nach ihren Kunstwerken. Heute sind Landschaftsbilder eher im Trend, und der Wert ihrer Bilder ist rasant gestiegen. Auch, weil sie in den vergangenen Jahren einen Kunstpreis nach dem anderen gewonnen hat. Das wirkt sich auf den Preis der Bilder aus: Ein Bild, das sie vor zehn Jahren noch für rund 3.500 Euro hätte verkaufen können, kostet heute 7.000 Euro. Negeborn gibt zu, dass sie das überrascht hat: "Ich hätte mir vor zehn Jahren nicht vorstellen können, dass meine Bilder im Wert auf das Doppelte steigen."

Ein Trend, der ähnlich auf dem gesamten Kunstmarkt zu beobachten ist: Schätzungen zufolge beträgt der jährliche Wertanstieg von Kunst rund sechs Prozent. Aber dies sei mit Vorsicht zu genießen, sagt Michael Grote, Finanzexperte an der Frankfurt School of Finance: "Man muss aufpassen mit dieser Zahl, weil die Kunstwerke erst dann auf den Markt kommen, wenn man denkt, dass sie auch einen guten Preis erzielen." Nur die Kunstwerke, die verkauft werden, zählen also für den Wertanstieg von sechs Prozent.

Einen Käufer für Kunstwerke zu finden, kann das Schwierigste sein. Und auch die Preisentwicklung ist nicht immer vorhersehbar, erklärt Kunsthistorikerin Sophia Böhm. "Das ist schwer zu kalkulieren, und deswegen braucht es ein bisschen Risikobereitschaft. Da gehört immer ein bisschen Glück dazu."

Auch Finanzexperte Grote ist vorsichtig bei Kunst als Wertanlage. Für Menschen, die ohnehin ein großes Anlageportfolio haben, sei das durchaus eine Option. "Insgesamt ist es aber kein sicheres Mittel, um für die Rente zu sparen." Dazu sei der Wert von Kunst zu volatil und unberechenbar. Kunst als Wertanlage ist also alles andere als eine Garantie. Wer aber Kunst mag und Kunstwerke kauft, sollte vielleicht hin und wieder einmal ihren Wert checken. Möglicherweise könnte es zu einer positiven Überraschung führen.

Source: Tagesschau.de, 21.04.2024

*This article has been edited for exam purposes*

# ESCP BS - ORAL CONCOURS 2024 - ALLEMAND – LV B

Article N°     /     /

## Gehaltsunterschied nach Bachelor und Master schrumpft

Ein Studium erhöht nach wie vor die Chancen, gut zu verdienen und schnell einen Job zu finden, wie Zahlen der Statistik Austria zeigen. In der Beobachtungszeit von 2020 bis 2021 verdienten Masterabsolventen zwölf Monate nach ihrem Abschluss im Mittel 3100 bis 3300 Euro, Bachelorabsolventen kamen auf 2986 Euro. Damit habe sich die Differenz zwischen Berufsanfängern mit Bachelor und Master von knapp 600 Euro im Abschlussjahr 2008/2009 auf rund 200 Euro im Abschlussjahr 2020/2021 verringert. Für AMS<sup>1</sup>-Vorstand Johannes Kopf ist die Angleichung eine gute Nachricht. „Vor zehn oder 15 Jahren haben viele gesagt, ein Bachelor sei nur ein halbes Studium. Diese Situation hat sich verbessert. Es haben immer mehr Leute mit Bachelorabschluss zu arbeiten begonnen, und die Firmen haben sozusagen gesehen, was die können.“

Auch der Wiener Personalberater Florens Eblinger bestätigt auf Nachfrage: „So wie man ganz am Anfang über die Fachhochschulen und deren akademische Titel geschmunzelt hat, ist das Thema auch beim Bachelor gegessen. Wenn jemand viel Energie in einen Abschluss investiert hat, egal ob Bachelor oder ob Master, wird das von Unternehmen anerkannt.“

„In den Nullerjahren ist in Europa in den meisten Studien ein neues dreigliedriges System etabliert worden: Bachelor, Master und PhD (Doktorat) haben die zweigliedrige Struktur mit den Abschlüssen Magister und Doktor weitgehend abgelöst. In Österreich erfreut sich der Bachelor allerdings nicht derselben Beliebtheit wie in anderen EU-Staaten, wie Zahlen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeigen.“

Laut der OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ von 2023 schließen in Österreich 13 Prozent der Menschen im Alter von 25 bis 34 Jahren höchstens mit einem Bachelor ab, 14 Prozent mit einem Master. In Deutschland sind es 21 Prozent Bachelor- und 14 Prozent Masterabsolventen, im OECD-Durchschnitt 26 Prozent Bachelor- und 15 Prozent Masterabschlüsse. Die Statistik Austria weist auch darauf hin, dass die Bachelorabsolventen nicht durchgängig in allen Branchen gegenüber ihren Kollegen mit Master aufgeholt haben. Die Annäherung kommt vor allem durch die Einstiegsgehälter<sup>2</sup> in den Bereichen Gesundheit und Soziales sowie Pädagogik zustande.

Bei der Annäherung der Einstiegsgehälter zwischen den zwei Abschlüssen dürfte es eine Rolle spielen, dass in manchen Berufen früher keine akademischen Abschlüsse üblich waren. In den Nullerjahren haben sich zum Beispiel FH-Studiengänge für Physiotherapie und Sozialarbeit etabliert. AMS-Chef Kopf vermutet, dass solche Reformen nun mit Verspätung bei den Gehältern durchlagen: „Wenn ein Bachelorabschluss in bestimmten Branchen nicht anerkannt war, haben Leute mit Bachelorabschluss dort formal als Nichtakademiker gearbeitet. Wenn diese Branchen den Bachelor nun anerkennen, haben Sie natürlich eine deutliche Gehaltssteigerung in diesen Branchen.“

Source: Der Standard, 01.02.2024

*This article has been edited for exam purposes*

<sup>1</sup> AMS: Arbeitsmarktservice (Arbeitsamt in Österreich)

<sup>2</sup> Einstiegsgehalt: le salaire de départ

## Mütter erobern das Gaming

Mama, gehen wir zocken? Eine aktuelle Umfrage stellt traditionelle Stereotypen über Gamer infrage: An der Erhebung des Spieleherstellers Avia-Games haben rund 33.000 Mütter in den USA im Alter von 18 bis 55 Jahren teilgenommen. Gefragt wurde nach der täglichen Spielzeit in Mobile-Games, ob die Mütter berufstätig seien und wie mobile Spiele zum eigenen Wohlbefinden beitragen würden.

Die Mütter mussten zudem entscheiden, ob sie lieber zocken, ausruhen oder einkaufen würden. Aus der Studie geht hervor, dass 70 Prozent der Mütter regelmäßig spielen.

Gespielt wird heutzutage auf PCs, Konsolen, Tablets, Smartphones oder mit VR-Brillen. Mütter sind dabei mittlerweile eine der Hauptzielgruppen der Hersteller – deshalb wohl auch die Umfrage von Avia-Games. Doch auch österreichische Experten bestätigen den Eindruck: „Das Durchschnittsalter von Computerspielern liegt bei rund 38 Jahren – und 48 Prozent davon sind weiblich.

Es spielen also durchaus Eltern und Kinder“, erläutert Armin Kaser, klinischer Psychologe aus Innsbruck mit Schwerpunkt Computerspielsucht. Dass Gamerinnen in der Öffentlichkeit nicht stark präsent sind, hat für Kaser zwei Gründe: „Sie werden weniger wahrgenommen, weil sie in Suchtberatungsstellen praktisch nie erscheinen und weil sie im E-Sport unterrepräsentiert sind.“

Männliche Jugendliche seien laut dem Psychologen für die Computerspielsucht am anfälligsten. Wie hoch die Dunkelziffer bei Zockerinnen ist, sei jedoch nicht abschätzbar. Frauen würden sich laut Avia-Games in der Spielewelt aufgrund veralteter Überzeugungen unterbewertet fühlen. Das liege etwa daran, dass behauptet werde, Gaming sei hauptsächlich für Männer konzipiert.

Dabei sind die Motive, die Frauen zum Spielen von PC-, Konsolen- und Mobile-Games bringen, gleich wie bei Männern. „Langeweile, Spielspaß, Einsatz als Stressbewältigung, Anerkennung, Ablenkung – das sind die Faktoren, die wiederum auch sehr individuell verteilt sein können“, sagt Kaser. (...)

Gute Games können unterhalten, Stress abbauen, Kreativität fördern und innerfamiliär die Gemeinschaft bereichern. Das wirft aber erst recht die Frage auf, ob Mütter und Eltern mit ihren Kindern gemeinsam zocken sollten.

„Absolut. Eltern, die mit ihren Kindern spielen, können die genannten positiven Aspekte fördern. Gemeinsames Spielen ermöglicht es Eltern, die Interessen ihrer Kinder zu verstehen und eine engere Bindung aufzubauen“, stellt Avia-Games – wohl nicht ohne Hintergedanken – heraus.

Eine andere Ansicht vertritt Armin Kaser: „Eltern tun sich heute extrem schwer, die Medienzeiten der Kinder überhaupt unter Kontrolle zu behalten. Günstiger ist deshalb, die gemeinsame Zeit mit anderen Aktivitäten wie Sport, Unternehmungen oder Events zu nutzen.“ (...)

Source: Salzburger Nachrichten, 21.03.2024

*This article has been edited for exam purposes*

## So pessimistisch wie noch nie

"Unsere Probleme werden einfach nicht gesehen von der Politik", sagt Niklas (16). "Natürlich sind wir gestresst wegen der Schule. Aber auch jedes Mal, wenn ich Nachrichten auf dem Handy lese, ist das frustrierend." Die unsichere Weltlage, die Kriege, das Klima, das würde sie alle sehr belasten. "Keine Ahnung, wie mein Leben in 20 Jahren aussieht. Wir haben keinen Plan, wie unsere Welt dann noch aussehen wird." Mit diesen Gedanken sind Niklas und seine Freunde nicht allein. Das zeigt die Studie "Jugend in Deutschland", die seit 2020 regelmäßig durchgeführt wird.

Im Vergleich zu den früheren Studien scheint die Stimmung derzeit zu kippen<sup>1</sup>. Das zeigt sich an einem hohen Ausmaß von psychischen Belastungen wie Stress, den 51 Prozent der Befragten angeben. Ähnlich zur Erschöpfung (36 Prozent) und der Hilflosigkeit (17 Prozent), die auch nach der Corona-Pandemie weiter angestiegen sind. Auch die wirtschaftliche Lage bedrücke sie. Die Mehrheit der Befragten geht davon aus, dass sich die wirtschaftliche Situation in Deutschland verschlechtern wird.

Niklas und seine Freunde erzählen, dass sie bei einigen Demonstrationen in Köln dabei waren, auch bei Fridays for Future. "Der Klimawandel macht uns schon Sorgen und ich kann nicht verstehen, wieso da keiner was tut und jetzt handelt", sagt Niklas. Fast die Hälfte der Befragten glaubt, dass in Deutschland zu wenig für Umweltschutz getan wird. Die großen Sorgen der jungen Menschen in Deutschland sind Inflation (65 Prozent), teurer Wohnraum (54 Prozent) und Altersarmut (48 Prozent), aber auch die Spaltung der Gesellschaft (49 Prozent) oder die Zunahme von Flüchtlingsströmen (41 Prozent) führen zu hoher Unzufriedenheit der jungen Generation mit ihrer Lebenssituation und den politischen Verhältnissen.

Das Potenzial für rechtspopulistische Einstellungen in der jungen Generation habe sich deutlich verstärkt, wie ein Vergleich mit früheren Studien zeigt. "Wir können von einem deutlichen Rechtsruck in der jungen Bevölkerung sprechen. Das schlägt sich in den politischen Präferenzen der 14- bis 29-Jährigen nieder. Während die Parteien der Ampelregierung immer weiter absinken, sei es der AfD gelungen, sich als Protestpartei und als mutmaßlicher Problemlöser für die aktuellen Sorgen der Jugend anzubieten. Es fehlt der jungen Generation eine motivierende Zukunftsperspektive.

Ganz so drastisch mag es Niklas nicht beschreiben. Der 16-Jährige will sein Abitur machen und dann Umweltwissenschaften studieren. "Als Ingenieur kann ich etwas für die Gesellschaft verändern. Das ist mir schon wichtig", sagt er. "Mein Leben ist mit den Krisen anders und auch fordernder als das meiner Eltern." Das sei aber kein Grund, aufzugeben.

Source: Tagesschau.de, 23.04.2024

*This article has been edited for exam purposes*

# ESCP BS - ORAL CONCOURS 2024 - ALLEMAND – LV B

Article N°     /     /

## 2024 wird das Jahr der Polarlichter<sup>1</sup>

Normalerweise sind Polarlichter nur hoch im Norden zu sehen - rund um den Nordpol - oder tief im Süden in der Antarktis. Am Nachthimmel über Deutschland tauchen die Nordlichter selten auf. Doch schon im vergangenen Jahr wurden immer wieder Polarlichter in Deutschland gesichtet. Manchmal reichten sie sogar bis Süddeutschland. Das könnte 2024 wieder so oder noch häufiger werden.

Grund dafür ist die derzeit schon hohe Sonnenaktivität, die im kommenden Jahr ihr Maximum erreichen könnte. Das ist nicht ungewöhnlich: Alle elf Jahre gibt es einen solchen Höhepunkt, dazwischen nimmt die Aktivität stark ab und dann langsam wieder zu. Mit der richtigen Technik, wie sie beispielsweise die Sonnensonde SOHO an Bord hat, lässt sich das sichtbar machen: Die Zahl und Größe der Sonnenflecken auf ihrer Oberfläche wachsen mit zunehmender Sonnenaktivität.

Sonnenflecken markieren Stellen, die rund 1.500 Grad kühler sind als die übrige Sonnenoberfläche und daher auch weniger hell leuchten. Sie entstehen dort, wo sehr starke Magnetfelder Materie aus dem Sonneninneren in gewaltigen Bögen bis in die Korona hinauszwingen. Ereignen sich in diesen Materiebögen magnetische Kurzschlüsse, wird das Sonnenmaterial als koronaler Masseauswurf ins All geschleudert - es kommt zu einer Sonneneruption. So ein Sonnensturm schickt Sonnenteilchen mit hoher Geschwindigkeit auch zur Erde. Die Wolke geladener Teilchen kommt ein bis zwei Tage nach der Eruption bei uns an.

Sonnenteilchen haben eine ganz besondere Eigenschaft: Das Sonneninnere ist weder fest noch flüssig noch gasförmig, sondern Plasma. Dieser Aggregatzustand entsteht, wenn Atome durch große Hitzeeinwirkung zerlegt werden in positiv geladene Ionen und negativ geladene Elektronen. Die Teilchen im Sonnenwind sind daher elektrisch geladen. So kann sie das Magnetfeld der Erde ablenken - zu den Polen hin. Treffen die hochenergetischen Sonnenteilchen auf unsere Atmosphäre, regen sie deren Atome zum Leuchten an. Und das in ganz typischen Farben: Die Sauerstoffatome geben vor allem grünes oder rotes Licht ab, Stickstoffatome dagegen blaugrünes oder violettes Licht.

Eigentlich sind Polarlichter das beste Zeichen dafür, wie gut uns das Erdmagnetfeld und die Atmosphäre vor den energiereichen Sonnenteilchen schützen. Doch bei moderner Elektronik können sie durchaus Schaden anrichten: Sonnenstürme führen immer wieder zu Ausfällen bei Satelliten und beeinträchtigen damit Navigationssysteme, Internet oder Telekommunikationsgeräte. Auch Radio und Stromversorgung können durch starken Sonnenwind gestört werden. Wann genau der Höhepunkt eines Sonnenfleckenzyklus eintritt, lässt sich nicht vorhersagen, dazu unterscheiden sich die Zyklen zu sehr voneinander. Nur die Menge und Größe der täglich entstehenden Sonnenflecken lassen Rückschlüsse zu.

Source: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.01.2024

*This article has been edited for exam purposes*

<sup>1</sup> Aurores boréales